Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 2 (1935-1936)

Heft: 6

Artikel: Bundesratsbeschluss betr. Strafvorschriften für den passiven Luftschutz

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-362460

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zu wachen hat, dass strafbare Handlungen der gerichtlichen Polizei zur Kenntnis gebracht werden. Ihm ist auch die Pflicht überbunden, wenn im Zusammenhange mit strafbaren Handlungen Schaden angerichtet wird, für dessen Geltendmachung zu sorgen.

Wie sich aus dem Bundesratsbeschlusse selbst ohne weiteres erkennen lässt, besteht nicht etwa die Meinung, dass möglichst viele kleine Widerhandlungen zur gerichtlichen Beurteilung gelangen sollen. Vielmehr ist in Art. 3 vorgesehen, dass in geringfügigen Fällen bei der erstmaligen Verfehlung an die Stelle der Bestrafung ein Verweis treten kann, der durch den Leiter der Luftschutzorganisation erteilt wird. Diese Bestimmung dient nicht bloss der Entlastung gerichtlicher Behörden, sondern sie ist auch geeignet, die Stellung des Leiters der Luftschutzorganisation zu heben.

Es ist zu hoffen, dass der neue Bundesratsbeschluss auch in den gravierenderen Fällen, in denen ein Verweis nicht in Frage kommt, nicht häufig angewendet werden muss. Das darf schon deshalb erwartet werden, weil die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit des passiven Luftschutzes zweifellos zunimmt. Da aber, wo Verständnislosigkeit oder böser Wille das Einschreiten der Gerichte notwendig machen, wird sich der Bundesratsbeschluss als ein brauchbares Instrument erweisen, um die Interessen des Landes zu schützen.

Bundesratsbeschluss betr. Strafvorschriften für den passiven Luftschutz.

(Vom 3. April 1936.)

Der schweizerische Bundesrat,

gestützt auf den Bundesbeschluss vom 29. September 1934 betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung,

beschliesst:

Art. 1.

Luftschutzorganisationen im Sinne dieses Bundesratsbeschlusses sind die örtlichen Luftschutzorganisationen sowie diejenigen von industriellen Betrieben, Verkehrsunternehmungen, öffentlichen Verwaltungen und Anstalten und andern dem passiven Luftschutze unterstellten Einrichtungen.

Leiter der Luftschutzorganisation ist derjenige, der in den Ortschaften, Betrieben oder Anstalten an der Spitze der Organisation mit der Durchführung des passiven Luftschutzes beauftragt ist, oder sein Stellvertreter.

Art. 2.

Wer sich weigert, die ihm übertragenen Verrichtungen innerhalb einer Luftschutzorganisation zu übernehmen, ohne wegen anderer öffentlicher Pflichten oder aus Gesundheitsgründen hiervon befreit zu sein, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft, womit die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit für mindestens ein Jahr verbunden werden kann.

Art. 3.

Wer an Uebungen oder andern Veranstaltungen des passiven Luftschutzes, zu denen er einberufen wird, ohne genügende Entschuldigung nicht teilnimmt oder sich während ihrer Dauer entfernt,

wer bei solchen Uebungen oder Veranstaltungen den Befehlen Vorgesetzter zuwiderhandelt,

wer allgemeine Vorschriften und Weisungen für solche Uebungen oder Veranstaltungen nicht befolgt,

wird mit Busse von 10 bis 200 Fr. und in schweren Fällen überdies mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

In geringfügigen Fällen kann bei der erstmaligen Verfehlung an die Stelle der Bestrafung ein Verweis treten, der durch den Leiter der Luftschutzorganisation erteilt wird.

Art. 4.

Wer Luftschutzmaterial oder persönliche Ausrüstungsgegenstände, die ihm dienstlich anvertraut oder überlassen wurden, missbräuchlich verwendet, veräussert, verpfändet, beiseite schafft, vorsätzlich oder fahrlässig zerstört oder beschädigt, oder so vernachlässigt, dass sie Schaden nehmen, wird mit Busse von 20 bis 1000 Fr. und in schweren Fällen überdies mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Vorbehalten bleibt die Haftung für den angerichteten Schaden, der durch den Leiter der Luftschutzorganisation im gleichen Verfahren geltend gemacht werden kann.

Art. 5.

Wer Tatsachen, Vorkehren, Verfahren oder Gegenstände, die mit Rücksicht auf den passiven Luftschutz geheim gehalten werden, ausspäht, um sie einer fremden Regierung, Behörde, Partei oder ähnlichen Organisationen oder ihren Agenten oder der Oeffentlichkeit bekannt oder zugänglich zu machen,

wer vorsätzlich Tatsachen, Vorkehren, Verfahren oder Gegenstände, die mit Rücksicht auf den passiven Luftschutz geheimgehalten werden, einer fremden Regierung, Behörde, Partei oder ähnlichen Organisation oder ihren Agenten oder der Oeffentlichkeit bekannt oder zugänglich macht,

wird mit Gefängnis von mindestens sechs Monaten bestraft, womit die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit für mindestens ein Jahr verbunden werden kann.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis bis zu sechs Monaten, in besonders leichten Fällen Busse von 50 bis 1000 Fr.

Art. 6.

Wer vorsätzlich Einrichtungen, die dem passiven Luftschutz dienen oder für ihn bestimmt sind, zerstört oder beschädigt,

wer vorsätzlich Uebungen oder andere Veranstaltungen des passiven Luftschutzes stört oder gefährdet,

wer vorsätzlich in der Oeffentlichkeit dazu auffordert, sich an Uebungen oder andern Veranstaltungen des passiven Luftschutzes nicht zu beteiligen oder amtlich angeordnete Massnahmen zu missachten,

wer vorsätzlich in der Oeffentlichkeit über den passiven Luftschutz irreführende Angaben macht oder Behauptungen aufstellt, die geeignet sind, amtlich vorgesehene oder angeordnete Massnahmen zu stören oder zu durchkreuzen,

wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse von 50 bis 1000 Fr.

Art. 7.

Wer Anordnungen oder Weisungen im passiven Luftschutz, insbesondere für Uebungen oder andere Veranstaltungen, den Strassenverkehr und die Verdunkelung, vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Busse von 10 bis 200 Fr. und in schweren Fällen überdies mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Art. 8.

Die allgemeinen Bestimmungen sowie Art. 69 bis 72 des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind anwendbar.

Gegen Ausländer kann auf Landesverweisung erkannt werden.

Flugblätter, Maueranschläge und andere gedruckte oder sonst vervielfältigte Schrift- oder Bildwerke, die im Zusammenhange mit strafbaren Handlungen verwendet werden, sind zu beschlagnahmen und unterliegen der Einziehung durch die Strafbehörden. Die Einziehung kann auch erfolgen im Falle der Freisprechung oder der Einstellung des Verfahrens.

Art. 9.

Die Verfolgung und Beurteilung der in diesem Bundesratsbeschluss mit Strafe bedrohten Handlungen liegt den Kantonen ob.

Der Bundesrat ist befugt, einzelne Straffälle dem Bundesstrafgericht zuzuweisen.

Die Leiter der Luftschutzorganisationen sind verpflichtet, von Widerhandlungen, die ihnen zur Kenntnis gelangen, unverzüglich einem Beamten oder Angestellten der gerichtlichen Polizei Mitteilung zu machen.

Sämtliche Strafentscheide und Einstellungsbeschlüsse sind der Bundesanwaltschaft ohne Verzug nach ihrem Erlass in vollständiger Ausfertigung unentgeltlich mitzuteilen.

Art. 10.

Dieser Bundesratsbeschluss tritt am 15. April 1936 in Kraft.

Arrêté du Conseil fédéral reprimant les infractions en matière de défense aérienne passive.

(Du 3 avril 1936.)

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934 sur la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes,

arrête:

Article premier.

Sont réputés organismes de défense aérienne au sens du présent arrêté les organismes locaux, ainsi que ceux des exploitations industrielles, des entreprises de transport, des administrations et établissements publics et autres installations pour lesquelles la défense aérienne passive est obligatoire.

Est réputé chef de l'organisme celui qui est chargé, à sa tête, d'assurer la défense aérienne passive dans les localités, exploitations ou établissements, ou son suppléant.

Art. 2.

Celui qui, sans être empêché par d'autres obligations publiques ou par des raisons de santé, refuse de remplir les fonctions à lui confiées dans l'organisation de la défense aérienne passive sera puni d'un emprisonnement de un mois à un an, qui pourra être cumulé avec la privation des droits civiques pour un an au moins.

Art. 3.

Celui qui, étant convoqué à des exercices ou autres rassemblements par les organismes de défense aérienne passive, ne s'y rend pas ou s'en éloigne sans excuse suffisante,

celui qui, dans ces exercices ou rassemblements, contrevient aux ordres des supérieurs,

celui qui ne se conforme pas aux prescriptions et instructions générales pour ces exercices ou rassemblements,

sera puni d'une amende de dix à deux cents francs et en outre, dans les cas graves, d'un emprisonnement de trois mois au plus.

Dans les cas de peu de gravité, la peine peut, lors de la première infraction, être remplacée par une réprimande, qui sera infligée par le chef de l'organisme.

Art. 4.

Celui qui aura employé abusivement, aliéné, mis en gage ou fait disparaître ou qui, intentionnellement ou par négligence, aura détruit ou endommagé ou négligé au point de laisser endommager du matériel de défense aérienne ou des objets d'équipement personnel à lui confiés ou remis à l'occasion du service sera puni d'une amende de vingt à mille francs et en outre, dans les cas graves, d'un emprisonnement de six mois au plus.

Demeure réservée la responsabilité pour le dommage causé, dont le chef de l'organisme peut réclamer la réparation dans la même procédure.

Art. 5.

Celui qui, pour les faire connaître ou les rendre accessibles à un gouvernement, à une autorité, à un parti étrangers, à un autre organisme semblable de l'étranger, à leurs agents ou au public aura espionné des faits, des dispositions, des procédés ou des objets tenus secrets dans l'intérêt de la défense aérienne passive,

celui qui, intentionnellement, aura fait connaître ou rendu accessibles à un gouvernement, à une autorité, à un parti étrangers, à un autre organisme semblable de l'étranger, à leurs agents ou au public des faits, des dispositions, des procédés ou des objets tenus secrets dans l'intérêt de la défense aérienne passive,

sera puni d'un emprisonnement de six mois au moins qui pourra être cumulé avec la privation des droits civiques pour un an au moins.

Si le déliquant a agi par négligence la peine sera l'emprisonnement de six mois au plus ou, dans les cas de très peu de gravité, l'amende de cinquante à mille francs.

Art. 6.

Celui qui, intentionnellement, aura détruit ou endommagé des installations servant ou destinées à la défense aérienne passive,

celui qui, intentionnellement, aura entravé ou compromis des exercices ou autres rassemblements ordonnés par les organismes de défense aérienne passive,

celui qui, intentionnellement et publiquement, aura incité à ne pas participer à des exercices ou à d'autres rassemblements ordonnés par les organismes de défense aérienne passive ou à ne pas tenir compte des mesures ordonnées par l'autorité,

celui qui, intentionnellement, aura fourni en public, sur la défense aérienne passive, des indications trompeuses ou lancé des affirmations de nature à entraver ou à contrecarrer des mesures prévues ou ordonnées par l'autorité,

sera puni d'un emprisonnement d'un mois à un an.

Si le délinquant a agi par négligence, la peine sera une amende de cinquante à mille francs.

Art. 7.

Celui qui, intentionnellement ou par négligence, aura contrevenu aux ordres reçus ou aux prescriptions établies en matière de défense aérienne passive, en ce qui concerne notamment des exercices ou d'autres rassemblements, la circulation routière ou l'extinction des lumières, sera puni d'une amende de dix à deux cents francs et en outre, dans les cas graves, d'un emprisonnement de trois mois au plus.

Art. 8.

Les dispositions générales et les articles 69 à 72 du code pénal fédéral du 4 février 1853 sont applicables.

Les étrangers pourront être frappés de bannissement.

Les tracts, les affiches et autres écrits et images, imprimés ou reproduits d'une autre manière, qui sont employés en liaison avec la perpétration des actes délictueux seront séquestrés; ils seront confisqués par les autorités pénales. La confiscation pourra être prononcée même en cas d'acquittement ou de non-lieu.

Art. 9.

La poursuite et le jugement des actes réprimés par le présent arrêté incombent aux cantons.

Le Conseil fédéral peut déférer des cas d'espèce à la cour pénale fédérale.

Les chefs des organismes de défense aérienne sont tenus de communiquer sans délai à un fonctionnaire ou un employé de la police judiciaire les infractions qui parviennent à leur connaissance.

Toutes les décisions pénales et les ordonnances de non-lieu doivent être communiquées sans délai et intégralement au ministère public de la Confédération.

Art. 10.

Le présent arrêté entre en vigueur le 15 avril 1936.

Warum gehören die chemischen Kampfstoffe zur Gruppe der Reizgifte?

Von P.-D. Dr. med. Fritz Schwarz, Oberarzt am Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Zürich

Der Mensch hat ohne Zweifel aus gewerbetoxikologischen Erfahrungen heraus, d. h. aus der Beobachtung von gewerblichen Vergiftungen und Vergiftungsfolgen, verursacht durch Reizgase (Chlor, Brom, Säuredämpfe, Nitrosegase etc.), mit sicherem Instinkt die als chemische Kampfstoffe zur Verwendung gelangenden Gifte immer und immer wieder in der Gruppe der Reizstoffe gesucht. Auch bei Synthese und Einführung neuer Kampfgifte ist er bei dieser Gruppe geblieben. Es ist deshalb wohl mehr als nur eine Spielerei, wenn wir uns anhand theoretisch-toxikologischer Ueberlegungen (wobei wir rein technische und strategische Erwägungen ausser acht lassen wollen) klar zu machen versuchen, warum von allen Atemgiften es fast ausschliesslich die Reizgifte sind, die als Kampfstoffe überhaupt in Betracht kommen. Uebersichtshalber wollen wir die Atemgifte zu diesem Zweck in die folgenden Gruppen einteilen:

1. Stickgase, mit den beiden Untergruppen der einfachen und der chemisch wirkenden Stickgase;
2. narkotisch wirkende Atemgifte und verwandte Stoffe;
3. Atemgifte mit komplexer Wirkung, hauptsächlich Blut- und Nervengifte;
4. Reizgifte.

Die *einfachen Stickgase,* also z. B. Stickstoff, Kohlensäure, Wasserstoff, Methan etc., eignen sich für die Anwendung im Kampfe überhaupt nicht. Es handelt sich bei ihnen ausnahmslos um echte Gase von kleinem Molekulargewicht und ausserordentlich grosser Diffusionsfähigkeit. Solche Gase verdünnen sich im Freien sehr rasch. Das Haupthindernis für ihre Verwendung im Kampf ist aber folgendes: Die Stickgase wirken auf den menschlichen Organismus lediglich dadurch, dass sie den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen und dadurch beim Menschen, der eine solche stickgasreiche Atmosphäre einatmet, die Symptome des Sauerstoffmangels hervorrufen, ohne dabei aber auf den Organismus eine aktive toxische Wirkung auszuüben. Sauerstoffmangelsymptome machen sich bei Atmosphärendruck erst geltend, wenn die Sauerstoffkonzentration von normalerweise 21 Volumenprozent auf etwa 15 Volumenprozent gesunken ist. Unmittelbare Gefahr tritt sogar erst ein bei einer Sauerstoffverarmung von unter 10 Volumenprozent. Es ist nun absolut undenkbar, dass durch einfache Stickgase im Freien eine solch gewaltige Sauerstoffverarmung je zustande gebracht werden könnte; höchstens in geschlossenen Räumen wäre ein solches Ereignis denkbar. Dazu kommt noch, dass sich der Mensch, auch wenn er längere